Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Stadtrates

am Dienstag, den 27.06.2017

im Angletsaal, Kulturzentrum am Karlsplatz

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	19:20 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda

Mitglieder des Stadtrates

Bucka, Markus Dr.

Deffner, Thomas

Denzlinger, Stefan

Fabi, Markus

Forstmeier, Werner

Frauenschläger, Elvira

Fröhlich, Uwe

anwesend ab TOP 3

Gowin, Michael

Hayduk, Ingo

Hillermeier, Joseph

Höhn, Sebastian

Homm-Vogel, Elke

abwesend bei TOP 10

Hüttinger, Hannes

Illig, Richard

Krettinger, Beate

Lintermann, Jochen

Meyer, Boris-André

Müller, Hubert

Porzner, Martin

Raschke-Dietrich, Monika

Reisner, Frank

Salinger, Stefan

abwesend ab TOP 2 nö.

Sauerhammer, Gerhard

Sauerhöfer, Jochen

Schalk, Andreas

Schaudig, Otto

Schildbach, Uwe

Schober, Manfred

Schoen, Christian Dr.
Sichermann, Paul
Stephan, Manfred
von Blohn, Christine Dr.
Weinberg-Jeremias, Kerstin

abwesend bei TOP 10

Schriftführerin

Schäff, Birgit

Verwaltung

Ziegler, Anne

Referenten

Büschl, Jochen
Kleinlein, Udo
Nießlein, Holger
Schlieker, Ute
Schwarzbeck, Hans

Weitere Anwesende zu TOP 3:

Herr Prof. Dr. Kiel, Hochschule Ansbach
Frau Prof. Dr. Hedderich, Hochschule Ansbach
Studenten der Hochschule Ansbach

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Beyer-Nießlein, Elke	entschuldigt
Bock, Dieter	entschuldigt
Enzner, Gerhard	entschuldigt
Koch, Helga	entschuldigt
Kupser, Paul Dr.	entschuldigt
Link, Gert	entschuldigt
Seiler, Friedmann	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Feststellung der Jahresrechnung 2015
- TOP 2 Entlastung im Rahmen der Rechnungslegung 2015
- TOP 3 Umfrage der Stadt Ansbach zum demographischen Wandel; Präsentation der Zwischenergebnisse
- TOP 4 Berufung neuer Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss (Wahlperiode 2014 - 2020)
- TOP 5 Neuregelung Wahlhelferentschädigung
Entschädigung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlvorstände bei Wahlen, Bürger- und Volksentscheiden
- TOP 6 1. Änderungssatzung zur Satzung für Städtische Asylbewerberunterkünfte
- TOP 7 Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2016 der Stadt Ansbach
- TOP 8 Halbjahresbericht zur finanziellen Lage
- TOP 9 Beabsichtigung einer Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten an die Ansbacher Bäder- und Verkehrs GmbH (ABuV)
- TOP 10 Deckblatt Nr. 29 zum Flächennutzungsplan für einen Teilbereich nördlich der Louis-Schmetzer-Straße und 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 5 für einen Teilbereich nördlich der Louis-Schmetzer-Straße zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes
a) Bericht über die frühzeitige Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung
b) Ermächtigung der Oberbürgermeisterin zur Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrags
c) Offenlegungsbeschluss
- TOP 11 Bebauungsplan Nr. HE-14 „Baugebiet Galgenmühle - Wiesenstraße“
1. Aufstellungsbeschluss (§2 Abs.1 BauGB)
2. Beschluss zur Offenlage (§3 Abs.2 BauGB) und Beteiligung der Behörden (§4 Abs.2 BauGB)
- TOP 12 Bebauungsplan Nr. He/Ob13 im Bereich des ehemaligen Schulgeländes in Obereichenbach sowie dem westlich angrenzenden Spielplatz

1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs.1 BauGB)
2. Beschluss zur Offenlage (§ 3 Abs.2 BauGB) und Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs.2 BauGB)
- TOP 13 Erschließungsanlage "Wolfartswinden" - Planersetzender Beschluss gem. § 125 Abs. 2 BauGB

TOP 14 Anfragen/Bekanntgaben

TOP 15 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeisterin Carda Seidel eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Stadtrates geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Feststellung der Jahresrechnung 2015

Frau OB Seidel übergibt die Sitzungsleitung an den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Schalk.

Herr Schalk fragt an, ob ein ausführlicher Sachvortrag gewünscht wird.
Mit der Abstimmung ohne Sachvortrag besteht Einverständnis.

Beschluss entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.06.2017:

Auf Grund der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2015 durch den Rechnungsprüfungsausschuss stellt der Stadtrat der Stadt Ansbach die Jahresrechnung 2015 der Stadt Ansbach gemäß Art. 102 Abs. 3 Gemeindeordnung mit folgendem Ergebnis fest:

1. Die bereinigten Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben (Rechnungsergebnisse) des Haushaltsjahres 2015 betragen

im Verwaltungshaushalt: 115.580.844,24 Euro
im Vermögenshaushalt: 18.745.402,52 Euro
im Gesamthaushalt von 134.326.246,76 Euro

2. Der Jahresrechnung 2015 der Stadt Ansbach sind u. a. folgende Anlagen beigelegt (§ 77 KommHV):

Vermögensübersicht 2015 (Jahresrechnung 2015 Band 2, S. 193)

Übersicht über die Schulden 2015 (Jahresrechnung 2015 Band 2, S. 203)

Übersicht über die Rücklagen 2015 (Jahresrechnung 2015, Band 2, S. 205)

Rechnungsquerschnitt 2015 (Jahresrechnung 2015, Band 2, S. 103)

Gruppierungsübersicht 2015 (Jahresrechnung 2015, Band 2, S. 7)

Verzeichnis der beim Jahresabschluss 2015 unerledigten Verwahrgelder
(Jahresrechnung 2015, Band 2, S. 207)

Rechenschaftsbericht (Jahresrechnung 2015, Band 2, S. 239)

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 2 Entlastung im Rahmen der Rechnungslegung 2015

Herr Schalk fragt an, ob ein Sachvortrag gewünscht wird.
Mit der Beschlussfassung ohne Sachvortrag besteht Einverständnis.

Frau OB Seidel nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Schalk bedankt sich an dieser Stelle bei der Stadtverwaltung und beim Rechnungsprüfungsamt für die Unterstützung und übergibt die Sitzungsleistung an Frau OB Seidel.

Beschluss entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.06.2017

Der Stadtrat der Stadt Ansbach erteilt auf Grund der örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2015 durch den Rechnungsprüfungsausschuss im Rahmen der Rechnungslegung 2015 die Entlastung gemäß Art. 102 Gemeindeordnung.

Einstimmig beschlossen.

TOP 3 Umfrage der Stadt Ansbach zum demographischen Wandel; Präsentation der Zwischenergebnisse

Frau OB Seidel begrüßt Herr Prof. Dr. Kiel, Frau Prof. Dr. Hedderich und die Studenten der Hochschule Ansbach.

Herr Nießlein gibt eine kurze Einführung zur Vorgeschichte. Von den 24.000 versandten Fragebögen an alle Ansbacher Haushalte wurden ca. 4.000 zurückgesandt, dies entspricht einer guten Rücklaufquote von 16%.

Im Anschluss werden die Ergebnisse der einzelnen Bereiche, der bisherige Projektverlauf, ein Ausblick und Informationen zur weiteren Projektplanung der Befragung Demographischer Wandel Ansbach vorgestellt.

In der anschließenden Diskussion erfolgt die Beantwortung einiger Anfragen.

Frau OB Seidel hält fest, dass

- sich das Ergebnis mit den bisherigen Erfahrungen in der Stadt Ansbach deckt,
- viele Punkte bereits bekannt seien, an denen noch gearbeitet werden müsse,
- der Bahnhof ja bekanntlich bis 2021 barrierefrei ausgebaut werde,
- sie das Ergebnis der Wohnsituation in Ansbach positiv überrascht habe,
- aber an der Wohnsituation für Familien noch gearbeitet werden müsse,
- sie über die negative Bewertung bzgl. des Kultur- und Freizeitangebots verwundert sei, da es hier in Ansbach doch ein sehr breites Angebot gebe,
- die Beteiligung von Jugendlichen und Bürgern mit Migrationshintergrund sehr gering war, bei einer weiteren Befragung müsse man andere Methoden als einen Fragebogen verwenden

- Ziel der Umfrage eine repräsentative Erhebung war mit verwendbaren Ergebnissen, auch vor dem Hintergrund verschiedener Bevölkerungsgruppen und einer Vielzahl von Ortsteilen,
- insgesamt eine hohe allgemeine Zufriedenheit der Bürger, aber
- eine große Unzufriedenheit mit dem Busangebot (Fahrzeiten abends und am Wochenende) bestehe.

Frau OB Seidel bedankt sich sehr herzlich bei den Anwesenden für die Präsentation.

Dient zur Kenntnis.

TOP 4	Berufung neuer Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss (Wahlperiode 2014 - 2020)
--------------	--

Herr Nießlein trägt kurz den Sachverhalt vor:

Beschluss entsprechend der Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 20.06.2017:

Herr Hans Hauptmann wird als neues stellvertretendes beratendes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Einstimmig beschlossen.

TOP 5	Neuregelung Wahlhelferentschädigung Entschädigung für die ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlvorstände bei Wahlen, Bürger- und Volksentscheiden
--------------	---

Frau OB Seidel verweist auf die näheren Erläuterungen im HFWA am 20.05.2017.

Frau Schlieker gibt kurz die neuen Entschädigungsbeträge bekannt.

Beschluss entsprechend der Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 20.06.2017:

Die Stadt Ansbach gewährt den ehrenamtlichen Mitgliedern der Wahlvorstände für die künftigen Wahlen die vorgeschlagenen Entschädigungen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 6	1. Änderungssatzung zur Satzung für Städtische Asylbewerberunterkünfte
--------------	---

Frau OB Seidel erwähnt die ausführlichen Erläuterungen im HFWA am 20.5.2017. In den städt. Flüchtlingsunterkünften kommt es vermehrt zu teilweise gravierenden Verstößen gegen die Hausordnung, insbesondere durch Fehlbeleger. Diesen können aufgrund der geltenden Rechtsvorschriften keine wirksamen Sanktionen verhängt werden. Es wird deshalb als notwendig erachtet, die städtische Asylbewerbersatzung um diverse Verhaltensregeln und auch Bußgeldvorschriften zu ergänzen.

Beschluss entsprechen der Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 20.06.2017

Die 1. Änderungssatzung zur Satzung für Städtische Asylbewerberunterkünfte wird in der Fassung des Entwurfs vom 18.05.2017 beschlossen. Der beiliegende Entwurf ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 7
Mehrheitlich beschlossen.**

TOP 7	Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 2016 der Stadt Ansbach
--------------	---

Herr Schwarzbeck gibt kurz den Sachverhalt bekannt und trägt die einstimmige Beschlussempfehlung des HFWA vom 20.5.2017 vor.

Beschluss entsprechend der Empfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 20.6.2017:

a) Der Soll-Fehlbetrag in Höhe von	143.391,80 €
wird durch eine üpl. Entnahme aus der Rücklage gedeckt.	
b) Die Übertragung der Haushaltsausgabereste	
des <u>Verwaltungshaushalts</u> in Höhe von	90.897,07 €
des <u>Vermögenshaushalts</u> in Höhe von	15.380.510,15 €
sowie der Haushaltseinnahmereste	
des <u>Vermögenshaushalts</u> in Höhe von	4.350.800,00 €
wird endgültig genehmigt.	
c) Die bei der Rechnungslegung festgestellten über- und außerplanmäßigen Ausgaben	
des <u>Verwaltungshaushalts</u> in Höhe von	5.680.317,62 €
des <u>Vermögenshaushalts</u> in Höhe von	579.639,34 €
zusammen:	-----
6.259.956,96 €
werden genehmigt.	

d) Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2016 mit dem Jahresabschluss
im Verwaltungshaushalt

- bereinigte Soll-Einnahmen und –Ausgaben von jeweils 124.894.564,56 €

- hierin enthalten die Zuführung an den Vermögenshaushalt mit 12.813.629,74 €

und im Vermögenshaushalt

- bereinigte Soll-Einnahmen und –Ausgaben von jeweils 26.529.138,83 €

dient zur Kenntnis.

e) Die Jahresrechnung ist entsprechend Art. 103 GO örtlich zu prüfen.

Einstimmig beschlossen.

TOP 8 Halbjahresbericht zur finanziellen Lage

Herr Schwarzbeck gibt Informationen über die Einnahmesituation im Haushaltsjahr 2017, die Ausgaben im Verwaltungshaushalt, gibt ein Fazit zum derzeitigen Stand der Haushaltsabwicklung, nennt die Risiken, macht Ausführungen zur Steuerschätzung und gibt einen Ausblick auf 2018.

Auf Wunsch werden die Informationen des Kämmerers an alle Stadträte versandt.

Dient zur Kenntnis.

TOP 9 Beabsichtigung einer Direktvergabe von öffentlichen Personenverkehrsdiensten an die Ansbacher Bäder- und Verkehrs GmbH (ABuV)

Herr Nießlein verweist auf die Ausführungen im HFWA am 20.5.2017 und trägt den Beschlussvorschlag vor.

Herr Dr. Bucka verweist auf seine Kritik im HFWA, die Stadt als Gesellschafterin müsse eine direkte Einflussnahme auf die ABuV haben, um diesen attraktiver zu machen.

Herr Nießlein erklärt, dass es heute um den Grundsatzbeschluss geht, Einzelheiten der Beauftragung könne der Stadtrat 2018 beim Beschluss über den Betrauungsakt festlegen.

Beschluss entsprechend der Beschlussempfehlung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 20.06.2017:

Der Stadtrat beabsichtigt, die ABuV mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsleistungen in der Stadt Ansbach ab dem Jahr 2019 zu betrauen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendigen Vorbereitungen zu treffen und die entsprechenden Beschlüsse herbeizuführen

Einstimmig beschlossen.

TOP 10	Deckblatt Nr. 29 zum Flächennutzungsplan für einen Teilbereich nördlich der Louis-Schmetzer-Straße und 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 5 für einen Teilbereich nördlich der Louis-Schmetzer-Straße zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes a) Bericht über die frühzeitige Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung b) Ermächtigung der Oberbürgermeisterin zur Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrags c) Offenlegungsbeschluss
---------------	--

Herr Büschl verweist auf die Ausführungen im Bauausschuss am 19.06.2017 und die mehrheitliche Beschlussempfehlung. Anhand einer Präsentation zeigt er das Vorhaben. Mit einer Beschlussfassung ohne ausführlichen Sachvortrag besteht Einverständnis.

Beschluss entsprechend der Beschlussempfehlung des Bauausschusses vom 19.06.2017:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, den städtebaulichen Vertrag zu unterzeichnen.

Das Deckblatt Nr. 29 zum Flächennutzungsplan für einen Teilbereich nördlich der Louis-Schmetzer-Straße in der Fassung vom 23.02.2016 und das Deckblatt 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 für einen Teilbereich nördlich der Louis-Schmetzer-Straße zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes in der Fassung vom 23.05.2017 sind gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen; die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB ist durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 4
Mehrheitlich beschlossen.**

TOP 11	Bebauungsplan Nr. HE-14 „Baugebiet Galgenmühle - Wiesenstraße“ 1. Aufstellungsbeschluss (§2 Abs.1 BauGB) 2. Beschluss zur Offenlage (§3 Abs.2 BauGB) und Beteiligung der Behörden (§4 Abs.2 BauGB)
---------------	---

Herr Büschl trägt anhand von Folien kurz den Sachverhalt vor und führt aus, dass die Stadt Ansbach von den Grundstückseigentümern eine Verkaufsbereitschaft erhalten habe. Anschließend verliest er den Beschlussvorschlag.

Herr Büschl verweist in der folgenden Diskussion auf die neu in Kraft getretene BauGB-Novelle.

Frau OB Seidel sieht die Inhalte der neuen BauGB-Novelle teilweise kritisch. Sie sichert im Hinblick auf die Lockerungen einen verantwortungsvollen Umgang im Rahmen der Bauleitplanung zu.

Beschluss entsprechend der Empfehlung des Bauausschusses vom 19.05.2017:

Für das Gebiet wird auf Grundlage des Planentwurfs des Amtes für Stadtentwicklung und Klimaschutz vom 16.05.2017 ein Bebauungsplan mit folgender Bezeichnung aufgestellt:

Bebauungsplan Nr. HE-14 „Baugebiet Galgenmühle – Wiesenstraße“.

Es handelt sich um einen Bebauungsplan gem. § 13 b BauGB.
Eine Umweltprüfung sowie ein Umweltbericht sind nicht erforderlich.
Das beschleunigte Verfahren wird angewandt.

Die Verwaltung wird beauftragt den Planentwurf im Anschluss an den Scoping-Termin zu vervollständigen und die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen sowie die von der Planung berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur Stellungnahme aufzufordern.

**Abstimmungsergebnis: Ja 31 Nein 3
Mehrheitlich beschlossen.**

Bebauungsplan Nr. He/Ob13 im Bereich des ehemaligen Schulgeländes in Obereichenbach sowie dem westlich angrenzenden Spielplatz	
TOP 12	1. Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs.1 BauGB) 2. Beschluss zur Offenlage (§ 3 Abs.2 BauGB) und Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs.2 BauGB)

Herr Büschl verweist auf die Ausführungen im Bauausschuss vom 19.06.2017 und informiert anhand von Folien über den Sachstand.

Mit einer Beschlussfassung ohne ausführlichen Sachvortrag besteht Einverständnis.

Beschluss entsprechend der Empfehlung des Bauausschusses vom 19.05.2017:

1. Für die Ausweisung des Baugebietes auf dem Schulgelände Obereichenbach, Gemarkung Hennenbach, wird ein Bebauungsplan mit Geltungsbereich entsprechend des Entwurfs vom 19.06.2017 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufgestellt. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung:
Bebauungsplan Nr. He/Ob 13 im Bereich des ehemaligen Schulgeländes in Obereichenbach sowie dem westlich angrenzenden Spielplatz

Es handelt sich um einen Bebauungsplan gemäß § 13b BauGB.
Eine Umweltprüfung sowie ein Umweltbericht sind nicht erforderlich.
Das beschleunigte Verfahren wird angewandt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu dem Planentwurf die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen sowie die von der Planung berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Stellungnahme aufzufordern.

**Abstimmungsergebnis: Ja 31 Nein 3
Mehrheitlich beschlossen.**

TOP 13 Erschließungsanlage "Wolfartswinden" - Planeretzender Beschluss gem. § 125 Abs. 2 BauGB

Herr Büschl verweist auf die ausführliche Berichterstattung im Bauausschuss und trägt den Sachverhalt vor.

Zur Anfrage aus dem Bauausschuss führt er aus, dass für die Montage der Beleuchtung im Jahre 2004 zusammen Kosten i.H.v. 2.200 € entstanden sind. Davon wurden nach Satzung (90 %-Anteil) 1.980 € auf insgesamt 8 Anliegergrundstücke umgelegt.

Beschluss entsprechend der Beschlussempfehlung des Bauausschusses vom 19.5.2017:

Die Erschließungsanlage „Wolfartswinden“ entspricht betreffs der abzurechnenden Beleuchtungseinrichtung den in § 1 Abs. 4 bis Abs. 7 BauGB bezeichneten Anforderungen und dem Ausbauwillen der Stadt Ansbach.

Durch die Beschlussfassung liegt die nach § 125 Abs. 2 BauGB geforderte Voraussetzung für die rechtmäßige Herstellung vor.

Einstimmig beschlossen.

TOP 14 Anfragen/Bekanntgaben

Bekanntgaben

14.1 Präsentationsrecht; Antrag FW

Herr Nießlein gibt zum Antrag vom 2.6.2017 bekannt, dass die Möglichkeit der Präsentation schon bisher bestehe. Die Fraktionen versenden bereits regelmäßig Bilddarstellungen mit ihren Anträgen, die auch Berücksichtigung finden. Sollte es gewünscht sein, im Rahmen eines Antrages noch ergänzende Ausführungen durch grafische Darstellungen, Pläne oder Bildmaterial zu präsentieren, ist dies selbstverständlich möglich. Eine Beschlussfassung über den Antrag hält er deshalb nicht für notwendig.

Auch Frau OB Seidel sieht kein Problem, wenn ein Stadtrat grafische Darstellungen oder Pläne zur Sitzung bzw. zum TOP präsentieren möchte, dies könne auch nach der bisherigen Regelung geschehen.

Dienst zur Kenntnis.

14.2 mobile Schadstoffmessungen US Hubschrauber

Herr Kleinlein gibt bekannt, dass anlässlich einer Anfrage in einer Stadtteilversammlung bezüglich der Ermittlung möglicher Schadstoffimmissionen, welche durch den Betrieb des US-Hubschrauberflugfeldes Ansbach-Katterbach verursacht werden, nunmehr die Antwort des LfU hinsichtlich der Durchführung einer mobilen Schadstoffmessung vorliege und trägt diese ausschnittsweise vor.

Das LfU bestätigt noch einmal seine bereits fernmündlich gemachte Aussage, wonach der Einfluss der Hubschrauberemissionen im Stadtgebiet von Ansbach messtechnisch nicht nachweisbar ist.

Auf Wunsch wird den Stadträten die Antwort des LfU im Ratsinfosystem zur Verfügung gestellt.

Dient zur Kenntnis.

14.3 Fraktionsübergreifender Antrag Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft vom 26.6.2017

Herr Büschl bestätigt, wie von den Antragstellern gewünscht, den Eingang des gemeinsamen Antrages zur Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft vom 26.6.2017.

Dient zur Kenntnis.

Anfragen

14.4 Kontrolle des Radverkehrs

Herr Porzner kritisiert die Kontrollaktion morgens um 7.30 Uhr am Wochenmarkt und bittet darum, solche Aktionen vorher anzukündigen. Dies hätte dann auch mehr Wirkung in der Öffentlichkeit.

Frau OB Seidel macht deutlich, dass jedes Jahr immer wieder unangekündigte Kontrollen aufgrund von Beschwerden aus Ortsteil- und Bürgerversammlungen durchgeführt werden. Eine Vorankündigung erfolgt hier nicht.

Herr Kleinlein ergänzt, die praktische Erfahrung zeige, dass die positive Reaktion der Fußgänger auf solche Kontrollaktionen überwiege.

14.5 Bordsteinerhöhungen Residenzstraße und Rivierasteg

Auf Anfrage von Herrn Meyer teilt Herr Büschl mit, dass nach seinen Informationen die Querungen und Bordsteinerhöhungen vom Staatl. Bauamt entsprechend der Ausführungsvorgaben für Querungshilfen (Barrierefreiheit, Blindenleitsystem etc.) gebaut wurden. Er werde jedoch nochmals beim zuständigen Staatlichen Bauamt nachfragen.

Herr Deffner kritisiert in diesem Zusammenhang die verengte Querungshilfe am Fußgängerüberweg in der Maximilianstraße, an der Stelle, wo die Bordsteine abgesenkt wurden.

14.6 AK Militärkonversion

Auf Nachfrage von Herrn Meyer wird Herr Büschl in einer der nächsten Stadtratssitzungen über den AK berichten, wenn es hierzu relevante Informationen gibt. Hierzu gab es beim letzten Treffen auch eine Pressemitteilung.

14.7 Beschilderung Radwege

Frau Krettinger bemängelt die fehlende Ausschilderung und Erkennbarkeit von durchführenden Radwegen für Radtouristen am Schlossplatz, Promenade und Bahnhof.

Frau Schlieker informiert, dass die Aufstellung einer Übersichtstafel am Schlossplatz sinnvoll wäre und dies gemeinsam mit dem Stadtentwicklungsamt umgesetzt werden soll.

14.8 Straßenschild Bauhofstraße

Herr Deffner moniert, dass am Ostende der Bauhofstraße das Straßennamensschild fehle, während im Westen zwei vorhanden seien. Herr Büschl wird das vom Ordnungsamt (Straßenverkehrsbehörde) überprüfen lassen.

14.9 Ausweisung Landschaftsschutzgebiet Dombachtal

Herr Stephan regt an, das fehlende Schild zur Ausweisung des Dombachtales als Landschaftsschutzgebiet, anzubringen. Herr Kleinlein wird dies beim Umweltamt abklären..

14.10 Sanierung Grundschule Schalkhausen – Pläne

Herr Stephan bittet um nochmalige Darstellung der damaligen Planungen für die Sanierung der Grundschule Schalkhausen, wie bereits im Bauausschuss angefragt. Frau OB Seidel sichert dies für die Stadtratssitzung zu.

14.11 Altstadtfest – Plastikgeschirr

Herr Fabi kritisiert, dass im Rahmen des Altstadtfestes im Guttendörfer Hof (Imbiss Nixel) Plastikgeschirr verwendet wurde.

14.12 Radwege auf Promenade

Auf Anfrage von Herrn Schober zur Beschilderung der Radwege entlang der Promenade verweist Frau OB Seidel auf die mehrmalige Behandlung, Information und Beantwortung dieser Anfrage im Verkehrsausschuss, warum dies nicht möglich sei.

Dient zur Kenntnis.

TOP 15	Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)
---------------	--

Die Gründe für die Geheimhaltung bleiben bestehen.

Dient zur Kenntnis.

Carda Seidel
Oberbürgermeisterin

Birgit Schöff
Schriftführer/in